

"INNERE SICHERHEIT NEU DENKEN"

Konsequenzen aus dem 11. September

Innere und äußere Sicherheit können bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht mehr getrennt betrachtet werden. Das war das Fazit einer Expertentagung zum Thema "Innere Sicherheit neu denken – Konsequenzen aus dem 11. September".

Im "Kalten Krieg" und danach habe es eine klare Arbeitsteilung zwischen Innen-, Außen- und Verteidigungsministerium gegeben. Als Konsequenz der Terroranschläge vom 11. September 2001 gebe es nun ein Zusammenrücken zwischen innerer und äußerer Sicherheit, sagte Innenminister Ernst Strasser bei der Expertentagung "Konsequenzen aus dem 11. September" am 15. Dezember 2003 im Wiener Palais Pallavicini. Etwa 60 Experten aus den Bereichen innere Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien nahmen an der zweiten Veranstaltung im Rahmen der vom Innenministerium organisierten Reihe "Innere Sicherheit neu denken" teil.

Neben dem Hauptreferat von Mark Richard von der US-Mission bei der Europäischen Union gab es bei der von Innenminister Strasser moderierten Tagung Impulsreferate von Adrej Ster, Rüdiger Kass, Brigadier Clemens Hofmeister und Reinhard Gausterer.

Innenminister Strasser wies im Eröffnungsstatement auf die "Solana-Sicherheitsstrategie" hin, in dem der EU-Beauftragte für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, neue Bedrohungen nannte, mit denen Europa konfrontiert sei – den internationalen Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation), regionale Konflikte, "gescheiterte Staaten" und die organisierte Kriminalität. Jede dieser Bedrohungen erfordere politische, juristische, polizeiliche und militärische, aber auch wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen, betonte Strasser. Der österreichische Weg des breiten Zusammenwirkens aller Sicherheitsbereiche im "Nationalen Sicherheitsrat" (NSA) sei zielführend. In Österreich seien Grundlagen für die koordinierte Bekämpfung des Terrorismus geschaffen worden. Die Einrichtung eines Sicherheitsclusters für eine effektive Sicherheitsplanung im Rahmen des NSA hält Strasser für zweckmäßig. Dieser Cluster solle eine gesamthafte, permanente Lagebeurteilung unter Einbeziehung aller Sicherheitsaspekte gewährleisten und jährlich ein entsprechendes strategisches Lagebild erstellen.

Terrorbekämpfung in den USA

Mark Richard, Chefberater für die Bereiche Innere Sicherheit und Justiz in der US-Vertretung bei der Europäischen Union, gab einen Überblick über die Maßnahmen nach den Terroranschlägen in New York und Washington: "Der 11. September hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich jeder Staat ist. Wir haben eine schwere Lektion erteilt bekommen und daraus gelernt." Bis zum 11. September habe es keine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendiensten gegeben.

Mit dem "Patriot Act" seien die gesetzlichen Grundlagen für eine effiziente Terrorbekämpfung geschaffen und die größte Reorganisation der letzten Jahrzehnte eingeleitet worden. Mit dem neuen Heimatschutz-Ministerium habe man eine neue Struktur zur Terrorbekämpfung geschaffen. Das FBI und andere Polizeiorganisationen arbeiteten nun mit der CIA und

anderen Nachrichtendiensten zusammen: "Diese Mauer wurde abgebaut." Es gebe einen effizienten Informationsaustausch. Dazu kämen neue technische Einrichtungen und neue Ermittlungsmöglichkeiten auf dem Finanzsektor, etwa bei der Nachvollziehung von Bargeldtransfers, erläuterte Richard. Die internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung sei stark ausgeweitet worden. Es gebe Kooperationsabkommen mit der Schweiz, Deutschland und einer Reihe weiterer Staaten sowie Vereinbarungen mit Europol, die unter anderem "Kontaktstellen auf beiden Seiten des Atlantik" vorsehen. Im Rahmen der G-8-Länder würden ebenfalls Strukturen zur Terrorbekämpfung geschaffen. "Wir hoffen, dass es auch bei der Übermittlung der Daten von Flugpassagieren bald zu einer Lösung kommt", sagte Richard. Das Ziel der Informationsvermittlung werde "keine Einbahnstraße" sein, betonte der US-Experte.

Andrej Ster, Unterstaatssekretär im Außenministerium, wies in seinem Impulsreferat auf die Bemühungen Sloweniens hin, für Stabilität und Sicherheit zu sorgen. Erfolge habe Slowenien, das eine 700 Kilometer lange EU-Außengrenze haben wird, bei der Bekämpfung der illegalen Migration. Im Jahr 2001 seien etwa 35.000 illegale Einwanderer angehalten worden, im Jahr 2003 nur mehr 4.000. "Wir sind uns bewusst, dass auf dem Sektor der illegalen Migration noch nicht alles getan worden ist, aber mit Hilfe der Nachbarn werden wir es schaffen", sagte Ster.

Prävention

Rüdiger Kass, Leiter der Abteilung Bundesgrenzschutz (BGS) im deutschen Bundesministerium des Innern, stellte drei Thesen zur Diskussion: "Sicherheit beginnt mit der Prävention" lautete die erste These. "Nach den Ereignissen des 11. September haben wir die Szenarien neu durchgedacht. Um die Aufgaben zu bewältigen, benötigen wir genügend Polizeikräfte und die notwendige Ausstattung und Technik." Für die Prävention sei eine "hohe, sichtbare Polizeipräsenz" erforderlich. Kass nannte als Beispiel der Effizienz der Prävention die Flugsicherheitsbegleiter: "Niemand weiß, ob, wann und wie viel Flugsicherheitsbegleiter an Bord sind". Der Bundesgrenzschutz ist unter anderem für die Sicherung der 13 großen deutschen Flughäfen und der Deutschen Bahn zuständig. Die Kontrollen auf dem Boden seien deutlich verstärkt worden, berichtete Kass. Es gebe Sicherheitschecks für die rund 260.000 Mitarbeiter auf den Flughäfen, man arbeite an der Einführung biometrischer Merkmale in Reisedokumenten. Auf dem Frankfurter Flughafen gebe es ein Pilotprojekt – die Zugangskontrolle durch Iris-Erkennung.

"Die Führungs- und Einsatzmittel müssen auch auf die Terrorabwehr ausgerichtet sein", erläuterte der BGS-Chef als zweite These. Terrorismusbekämpfung könne die Polizei nicht alleine bewältigen. Der Bundesgrenzschutz verfüge bei großen Terrorfällen nicht über die Mittel, etwa wenn ein Flugzeug als Waffe eingesetzt wird. Diese habe aber die Bundeswehr. Kass – dritte These: "Die Strukturen zur Terrorbekämpfung müssen vernetzt sein." Die internationale Zusammenarbeit sei wichtig. Das betreffe auch die Stärkung von Europol und die Weiterentwicklung des Schengener Informationssystems.

Der Krieg gegen den Terrorismus könne von einem Staat allein nicht gewonnen werden, sagte Brigadier Klemens Hofmeister, Leiter der Abteilung für militärische Gesamtplanung im Verteidigungsministerium. Terrorismus sei eine globale Herausforderung und erfordere international abgestimmte Antworten. Die Streitkräfte müssten interoperabel sein, fähig zur multinationalen Zusammenarbeit, insbesondere die Armeen der EU und der NATO-Staaten. Kohärente nationale Sicherheitskonzepte seien unverzichtbar. Ziel müsse es sein, durch

Konflikt- und Krisenvermeidung den aktiven Frieden nachhaltig zu gestalten. Für das österreichische Bundesheer bedeute dies "die Fähigkeit zur Zusammenarbeit auf allen Ebenen und in Bereichen, die über das Aktionsfeld der Sicherheitsexekutive hinausgehen".

Krisenprävention erscheine als Modell für Staaten und supranationale Organisationen überlegenswert und bestehe aus vier Phasen: Warnphase, Kontaktphase, Eskalationsphase und Deeskalationsphase. In der Warnphase müsste ein permanentes, ressortübergreifendes Zentrum zur Verfügung stehen, um Krisen frühzeitig zu erkennen. In der Eskalationsphase müssten unter anderem die Fähigkeit zur humanitären Soforthilfe, Evakuierung verfügbar sein, ebenso der Einsatz von Spezialkräften, die Eskalationsbereitschaft signalisieren.

Zu den sicherheitspolitischen Instrumentarien des Staates könnten die Streitkräfte laut Hofmeister unter anderem beitragen durch eine permanente Luftraumüberwachung, Beitragsleistung zum strategischen Lagebild, Entwicklung von Grundlagen und Techniken der Terroristenbekämpfung, beispielsweise durch Forschung. Zur Beantwortung der Frage "Wer macht was?" biete sich das "ökonomische Prinzip des komparativen Kostenvorteils" eines jeden Instrumentariums an. Entscheidend sei, dass der Staat seiner Schutzpflicht für die Bürger nachkommen können muss.

Die Entwicklung des österreichischen Bundesheeres in Richtung Verpolizeilichung ("Konstabulisierung") im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung in friedensschaffenden, multinationalen Einsätzen werde diskutiert, erläuterte Klemens Hofmeister. Je intensiver das Einsatzspektrum, desto selbstständiger müssten Streitkräfte in der Lage sein, Ordnungsaufgaben zusätzlich zu den rein militärischen Aufgaben wahrzunehmen. Für die effektive innere Sicherheit in Österreich sei die Konstabulisierung nicht notwendig, da die Sicherheitsexekutive dazu in der Lage sei. Außerdem sehe es die rechtliche Situation nicht vor.

Mit "Cyber-Terror" oder "Cyber-Warfare" wären Staaten wie Österreich "am konsequentesten verwundbar". Terroristen könnten damit "mit geringstem Aufwand einen maximalen Schaden" für das öffentliche Leben, die Wirtschaft und die Lebensnerven des Staates verursachen, betonte der Brigadier: "Das zu vermeiden, muss unsere gemeinsame Aufgabe sein!"

"Für Stabilität, Sicherheit, Freiheit zu sorgen, das ist der Job, den wir zu tun haben", betonte Innenminister Ernst Strasser im Schlusswort der Sicherheitstagung. "Wir müssen unsere nationalen Aufgaben erfüllen und international zusammenarbeiten." Strasser nannte als Beispiel einer effizienten regionalen Zusammenarbeit die "Salzburg-Gruppe" der Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Österreich mit der jährlichen Innenminister-Konferenz in Salzburg.

Notwendig sei eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – etwa bei der Verbesserung der biometrischen Verfahren. Wichtig sei aber auch die Verbesserung der Lebenschancen, betonte der Minister. Die internationale Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe müssten wichtige Bereiche der Sicherheit sein. Strasser: "Es geht um die Globalisierung der Lebenschancen. Freiheit braucht nicht nur Sicherheit, sondern auch Gerechtigkeit."